Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich mit Ausnahme nach Sonn- und Festtagen ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
(nur Wochentags)
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 456. **Sonnabend** den 21. September 1895. **89. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Schulcasse, Schulexpedition und **Schulgeldereinnahme** bleiben wegen vorzunehmender Reinigungsarbeiten
Sonnabend, den 21. September, Nachmittags und Montag, den 23. September,
geschlossen.
Leipzig, den 16. September 1895.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Müller.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der städtischen Wasserwerke vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner Herr **Julius Wenke** in Leipzig-Reudnitz, Kreuzstraße 45, zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.
Leipzig, den 19. September 1895.
Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 5068. Dr. Georgi. Wolfr.

Bekanntmachung.

Die **Klempner- und Wasserleitungsarbeiten**, sowie die **Dachdeckerarbeiten zum Neubau einer Zweiganstalt für das Johannishospital** an der Riebeck- und Wilhelmstraße in **Leipzig-Reudnitz** sollen je an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.
Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Hochbauverwaltung, 3. Baubezirk, Kupfergäßchen Nr. 1 (Kramerhaus), 1. Obergeschoß aus und können daselbst eingesehen, beziehentlich gegen Entrichtung der Gebühren von 1 ℳ für erstere und 0,50 ℳ für letztere Arbeiten entnommen werden.
Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Klempner- und Wasserleitungsarbeiten bez. Dachdeckerarbeiten zum Neubau einer Zweiganstalt für das Johannishospital in Leipzig-Reudnitz"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum **28. September dss. Js.** Nachmittags 5 Uhr einzureichen.
Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.
Leipzig, den 18. September 1895.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Th. 4419. Dr. Georgi. Dr. Vollmann.

Gesucht

wird der am 2. September 1864 in Prüßschütz bei Döbeln geborene Handelsmann **Albert Max Oehlke**, welcher zur Fürsorge für sein Kind angehalten ist.
Leipzig, den 16. September 1895.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Armenamt, Abth. IVa.
A.-R. IVa, Nr. 614d. Ludwig-Wolf. Hr.

Gesucht

wird der am 30. August 1866 in St. Michaelis bei Freiberg geborene Handarbeiter **Ernst Theodor Göpfert**, welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.
Leipzig, den 18. September 1895.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Armenamt, Abth. II.
A.-R. VIII, Nr. 788c. Ludwig-Wolf. Hähnrich.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 4. laufenden Monats, die verw. **Ida Elise Kaiser** geborene Krieg aus Großzschocher betreffend.
Leipzig, den 16. September 1895.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Armenamt, Abth. IVa.
A.-R. IVa, Nr. 1569a. Ludwig-Wolf. Hr.

Brennholzauction.

Mittwoch, den 25. September d. Js. sollen von **Nachmittags 3 Uhr** an im **Forstrevviere Connewitz** in der **sogenannten Naune**
ca. 150 Haufen klein gemachtes, trockenes eichenes Stockholz
unter den öffentlich im Termine aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: an der sogenannten nassen Wiese.
Leipzig, am 20. September 1895.
Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Vermißt wird seit dem 20. August a. c. aus seiner hier Alexanderstraße Nr. 41 im Erdgeschoß des Seitengebäudes gelegenen Werkstatt und Wohnung der Holzbildhauer
Carl Gottlieb Sommer,
geboren am 25. September 1838 zu Thonberg-Straßenhäuser. Sommer ist von mittlerer Gestalt und trägt graumeliertes Vollbart. Als er zuletzt gesehen worden, war er bekleidet mit braunverriertem Jackenanzug und braunem Filzhut. Er trug eine Uhr nebst Kette, auch einen Spazierstock mit weißem Griff bei sich.
Aus einem in der Werkstatt aufgefundenen Briefe ist zu entnehmen, daß sich Sommer infolge Krankheit und schlechten Geschäftsganges das Leben hat nehmen wollen.
Ueber den Verbleib Sommer's hat trotz der eifrigsten Nachforschungen leider etwas nicht ermittelt werden können.
Es ergeht nunmehr an alle Behörden und Privatpersonen das Ersuchen, jede Wahrnehmung, welche über das Schicksal Sommer's Aufschluß zu geben geeignet wäre, schleunigst der Criminalabtheilung des unterzeichneten Polizeiamtes zur Kenntniß zu bringen.
Leipzig, den 19. September 1895.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
VII. 3344. Bretschneider. R.

Der städtische Lagerhof in Leipzig
lagert Waaren aller Art zu billigen Tarifsätzen. Die Lagerscheine werden von den meisten Bankinstituten beliehen.
Leipzig, den 26. April 1894.
Die Deputation zum Lagerhofe.

Die städtische Sparcasse
beleiht Werthpapiere unter günstigen Bedingungen.
Leipzig, den 1. Februar 1895.
Die Sparcassen-Deputation.

Nationalliberale und conservative Partei.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Nat.-Lib. Corr.": „In conservativen Blättern wird lebhaft Klage darüber geführt, daß von nationalliberaler Seite versucht werde, den Hammersteinscandal und was mit demselben zusammenhängt, zur Verunglimpfung der gesammten conservativen Partei, sowie zur „Beugung der Conservativen unter das Joch der Nationalliberalen, Kartell genannt," auszubeuten. Wir haben die Art, wie die einzelnen der nationalliberalen Richtung angehörenden Preßorgane den „Fall Hammerstein-Stöcker" behandeln, nicht zu vertreten, auf das Entschiedenste aber dürfen wir für die nationalliberale Partei als solche den vorerwähnten Vorwurf zurückweisen. Die jetzt im Vordergrunde der öffentlichen Erörterung stehenden Handlungen des Freiherrn von Hammerstein sind Handlungen einer einzelnen Person. Dieselben zur Verunglimpfung der Conservativen insgesammt auszubeuten, würde nicht nur illoyal, sondern von einer Partei, welche allezeit das Bestehen einer angesehenen conservativen Partei in unserem Staatswesen als nothwendig und ein für die gegenseitige Verständigung geeignetes Verhältniß zu derselben als dringend wünschenswerth betrachtet hat, auch höchst thöricht sein. Damit widerlegt sich zugleich die Beschuldigung, als ob man nationalliberalerseits auf die „Vernichtung der Selbstständigkeit" der conservativen Partei ausginge. Mit dem Worte „Kartell" ist viel Unfug getrieben worden; man sollte es ganz vermeiden, schon um gewissen Agitatoren nicht immer neue Gelegenheit zu geben, es als Programm für ihre Zwecke zu verwerthen. Was man auf nationalliberaler Seite im Interesse der Wiedergesundung der inneren Verhältnisse des Reichs immer gewünscht hat, ist, daß die conservative Partei sich allmählich dem Einflusse der heute in ihr vorherrschenden extremen Elemente entziehen und dadurch die Möglichkeit einer angemessenen Verständigung mit den Mittelparteien wieder herstellen möge. Daß dieser Wunsch im Anschluß an die Vorgänge der jüngsten Zeit lebhafter als sonst zum Ausdruck kommt, ist natürlich, daraus aber ein Attentat auf die Selbstständigkeit der conservativen Partei zu machen, ist verständlich nur von Denjenigen, welche ein Interesse daran haben, Conservative und Nationalliberale untereinander zu verhetzen."

Daß die vielbesprochenen Handlungen des Freiherrn von Hammerstein Handlungen einer einzelnen Person sind, ist unbestreitbar. Aber diese unbestreitbare Thatsache macht doch eine Anzahl von Fragen nicht überflüssig. 1) Ist Herr von Hammerstein in den letzten Jahren und kurz vor seiner Flucht der Führer der conservativen Partei gewesen? 2) Hat Herr v. Hammerstein nicht gestohlen, betrogen, gefälscht und, von anderen Dingen zu schweigen, eines Verbrechens, das er selbst begangen, einen Todten beschuldigt? 3) Hat Herr v. Hammerstein nicht einen großen Theil der ihm zur Last fallenden Verbrechen als conservativer und frommer Führer einer conservativen und frommen Partei und als deren erster publicistischer Vertreter und nur in diesen beiden Eigenschaften verüben können? Endlich 4) Trifft eine Partei ein solches Ende ihres ersten Führers und geht es die Oeffentlichkeit etwas an, oder ist es schändlich, wenn dasselbe von Preßorganen an anderer Stelle als unter der Rubrik für gewöhnliche Criminalsachen gemeldet und nicht, wie bei Letztern üblich, am zweiten oder dritten Tage vergessen wird? Das sind die Fragen, welche die preußischen Conservativen — denn nur um diese handelt es sich — sich vorlegen und beantworten müssen, wenn sie beanspruchen, daß ihnen in der Beurtheilung des Falles Hammerstein der gute Glaube zugebilligt werden soll. Sie haben es bisher nicht gethan. Der „Reichsbote", der, wie schon bemerkt, ein sehr loses Verhältniß zu der Fraction unterhält, giebt allerdings die politische Bedeutung des Falles zu, aber das ist aus dem angeführten Grunde von geringer Tragweite. Außer ihm haben zur Sache noch das Wort genommen Herr Stöcker und das Parteiorgan, die „Conf. Corr.", und diese umgehen jene Fragen durch Ausflüchte und Ausfälle gegen andere Parteien. Die „Conf. Corr." macht es sich noch leichter, als Herr Stöcker, sie spricht von einem „sogenannten Fall Hammerstein". Man kann mit demselben Recht von einem sogenannten Fall Wilson, oder, um weiter in der Geschichte zurückzugehen, von einem sogenannten Fall Jud Süß-Oppenheim sprechen. Herr Stöcker aber schimpft auf die Presse, die ihm nicht glaubt, daß bei anderen deutschen Parteien etwas Aehnliches vorgekommen sei. Er führt Beispiele an, dieselben, die andere — auch mittelparteiliche — Organe angedeutet hatten, aber trotz seines bekannten Versicherungsmuthes wagt er nicht zu behaupten, daß die Strafthaten jener Parlamentarier, auf die er hinweist, irgend einen Zusammenhang mit deren politischer Thätigkeit gehabt, und ebensowenig kann er sich der Angabe erdreisten, die Leute seien nur einen Augenblick länger, als bis ihre Schuld auch nur wahrscheinlich wurde, von ihren Parteigenossen stillschweigend oder ausdrücklich gedeckt worden.

Gerade aber in diesem Puncte, auf den Alles ankommt, verläßt, um von anderen früheren Erklärungen zum Falle Hammerstein abzusehen, Herrn Stöcker die Vorsicht. Er schreibt:

„Ich erkläre also der ganzen liberalen Sippschaft von Verleumdern ein für allemal, daß ich, wie viele Andere, wie seine Verwandten und Freunde, Freiherrn von Hammerstein bis zum Frühjahr 1895 für einen durchaus ehrenwerthen Mann hielt, an dessen Schild kein Flecken haftete. Als ich die erste Andeutung von seinen Vergehungen erhielt, bin ich in demselben Augenblick zu ihm geeilt, um die Wahrheit zu erfahren. Seitdem habe ich, je nach dem Maße der Erkenntniß seiner Schuld, meine Beziehungen zu ihm als Freund und Seelsorger (!) dazu verwandt, ihn zur Aufrichtigkeit zu mahnen und ihn zu bewegen, daß er auf seine politischen Stellungen freiwillig verzichte. Daran, daß er in der „Kreuzzeitung", wie in der conservativen Partei völlig unhaltbar sei, habe ich ihm von Anfang an keinen Zweifel gelassen."

Die „Nat.-Ztg." bemerkt mit Recht, „Frühjahr 1895", also ein Zeitraum von 90 Tagen, sei ein etwas unbestimmter Ausdruck. Aber das bei Seite gelassen. Wie verhielt sich der „verleumdete" Herr Stöcker, nachdem er hinsichtlich der Schuld seines Freundes zur „Erkenntniß" gelangt war? Er stellt es Herrn v. Hammerstein anheim, auf seine politische Stellung zu verzichten, und er prophezeit, daß er sich nicht werde halten können. Also zum Herrn der Entscheidung wurde Herr v. Hammerstein gemacht und im weiteren Verlauf die Gestaltung der Verhältnisse, und diese Letzteren waren es denn auch, die den Mann von der Partei, zuerst nur räumlich, loslösten, und nicht die Partei, nicht die Fraction und am allerwenigsten Herr Stöcker. Herr Stöcker bezeugt das Gegentheil von dem, was er behaupten will: die Partei hat Hammerstein in ihrer Mitte und an der Spitze ihres ersten Organs noch geduldet, als die „Erkenntniß seiner Schuld" — jedenfalls nicht bei Herrn Stöcker allein — bereits so weit fortgeschritten war, daß die Unhaltbarkeit der Stellung des Compromittirten außer Zweifel stand. Warum er trotzdem gehalten wurde, sagt uns vielleicht Herr Stöcker in einer zweiten Schimpfrede gegen die schlechte mittelparteiliche Presse. Eine andere Frage wäre die nach den Gründen des Seelsorgers, Herrn v. Hammerstein durch einen einfachen Verzicht auf seine politische Stellung für entsühnt zu erachten. Aber das gehört nicht in die Politik. Es bleibt abzuwarten, ob die „Conf. Corr." ihre Auffassung von dem rein persönlichen Charakter des „sogenannten Falles Hammerstein" nach den Stöcker'schen Ergüssungen aufrecht erhalten wird. Hiervon wird es ganz wesentlich abhängen, ob die Nationalliberalen in Preußen bei Wahlen eine conservative Candidatur mit demselben Vertrauen auf Erfolg empfehlen dürfen, wie in Sachsen, wo einen Hammerstein das Verhängniß längst ereilt haben und kein Conservativer an ihm die Mohrenwäsche versuchen würde.

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 20. September. In sämmtlichen Reichstagswahlkreisen Berlins haben die Socialdemokraten in den letzten Tagen Versammlungen veranstaltet, in welchen die Anträge berathen wurden, welche dem demnächst in Breslau stattfindenden Parteitage unterbreitet werden sollen. Die gestellten Anträge beschäftigten sich theils mit der „Tagesfrage" der Socialdemokratie, dem Agrarprogramm, theils mit der Taktik und der inneren Organisation der socialdemokratischen Partei. In allen sechs Wahlkreisen war der Antrag gestellt, daß Reichstagsabgeordnete der Partei, welche als Parteibeamte oder Redacteure fungiren und deren Gehalt 3000 ℳ übersteigt, keine Diäten beziehen sollen. Der Antrag ist nicht neu, er hat in dieser oder ähnlicher Form auf den früheren socialdemokratischen Parteitagen bereits die „Genossen" beschäftigt. In Frankfurt a. M. ist es im vorigen Jahre zu scharfen Auseinandersetzungen über die Höhe der von Parteiwegen gezahlten Gehälter gekommen, und die „capitalistischen Neigungen" Derer, welche die socialdemokratische Partei als „melkende Kuh" betrachten, fanden dort eine herbe Kritik. Die Herren Liebknecht und Genossen haben es aber bisher verstanden, sich ihren Antheil an den Arbeitergroschen zu sichern. Bemerkenswerth an der jetzt von Neuem wieder einsetzenden Bewegung gegen die fortdauernde Regierung der Tugend der Uneigennützigkeit durch die socialdemokratischen „Führer" ist einerseits die Hartnäckigkeit, mit der die nicht an der Parteikrippe versorgten Genossen auf eine Beschneidung des „Einkommens" der mit mehr als 3000 ℳ jährlich bedachten Parteiangehörigen drängen, andererseits die Ungenirtheit, mit welcher die derzeitigen Nutznießer des socialdemokratischen Diätenfonds die Vortheile vertheidigen, die ihnen aus der Existenz dieses Fonds erwachsen. Mit Ausnahme des 5. Wahlkreises wurde der Antrag in allen Berliner Reichstagswahlkreisen angenommen und zwar gegen ganz verschwindende Minoritäten. Für die Herren Liebknecht, Bebel, Schippel und Genossen wird diese Thatsache und der Hinweis darauf, daß sich mit einem Einkommen von 3000 ℳ schon „so leidlich" leben lasse und daß „die Parteigelder doch meist von Arbeitern aufgebracht werden müßten, die ein weit geringeres Einkommen haben", nicht gerade angenehm sein. Noch fataler aber mag ihnen die Taktik des Genossen Silberschmidt sein, der in der Versammlung des zweiten Berliner Wahlkreises eine gründliche Erörterung des „Diätenantrags" empfahl, „um das Mißtrauen der Genossen zu heben, bei denen etwas, und sei es auch noch so wenig, von den lügenhaften Behauptungen der Gegner und mancher bürgerlicher Preßbengel über die Bereicherung der Führer durch Arbeitergroschen haften geblieben" sei. Die fast einstimmige Annahme des betreffenden Antrags in 5 von den 6 Versammlungen beweist, daß nicht nur „etwas", sondern sehr viel von diesen „lügenhaften Behauptungen" bei den „Genossen" hängen geblieben ist. Der Widerspruch der Herren Gerisch, Zubeil und Anderer, die persönlich an der Frage interessirt sind, gegen den Antrag wird nicht dazu beitragen, die Stimmung für die Kostgänger des socialdemokratischen Diätenfonds zu verbessern. In Breslau wird das Thema von der „Verwendung der Arbeitergroschen" einen noch breiteren Raum einnehmen, als auf den früheren Parteitagen.

□ **Berlin**, 20. September. Der Vorsitzende des „Vereins für kaufmännische Angestellte" in Frankfurt a. M. bestreitet in einer an den dortigen „Generalanzeiger" gerichteten Zuschrift die Richtigkeit der von socialdemokratischen Blättern colportirten Nachricht, daß die „Kaufmännische Presse" in das socialdemokratische Fahrwasser eingelenkt sei und der Drucker des Blattes deshalb den Vertrag gekündigt habe. „Genosse" Dr. Quarck, der Redacteur der „Kaufm. Presse", soll auf dem Breslauer Parteitage über diese seine Thätigkeit als Redacteur eines „nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden" Fachblattes zur Rechenschaft gezogen werden.

Y. **Berlin**, 20. September. (Telegramm.) Im Auftrage des **Kaisers** legte heute Nachmittag bei der Beerdigung des verstorbenen Hausbibliothekars Sr. Majestät, Robert Tornow, der Geh. Ober-Regierungsrath Scheller vom Geh. Civil-Cabinet einen kostbaren Kranz am Grabe des Dahingeschiedenen nieder. — Der Kaiser verlieh das Großkreuz des Rothen Adler-Ordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe und Kreuz dem Generalstabschef Grafen v. Schlieffen, das Großkreuz des Rothen Adler-Ordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe dem General Krosigk und den Rothen Adler-Orden 1. Classe mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe dem Generallieutenant Exler von der Planitz, à la suite des Husaren-Regiments Kaiser Franz Josef. — An den Staatssecretair des Reichs-Marine-Amtes hat der Kaiser folgendes Telegramm gerichtet:

„Anläßlich des so plötzlichen Hinscheidens des Marine-Oberpfarrers Langheld spreche ich Ihnen Meine herzlichste Theilnahme aus an dem Verluste eines Mannes, der uns so oft durch seine patriotischen und von echt königstreuer Gesinnung zeugenden Worte erbaut hat. Wilhelm."

C. H. **Berlin**, 20. September. (Privattelegramm.) Der **Erbgroßherzog von Sachsen** tritt am 1. October als Secondelieutenant in das 1. Garderegiment ein.

= **Berlin**, 20. September. (Telegramm.) Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung" meldet: Der **Reichskanzler** begiebt sich heute Abend nach Alt-Aussee, von wo er wieder hierher zurückzukehren gedenkt, sobald die Mitglieder des Staatsministeriums wieder vollzählig in Berlin versammelt sind.

B. **Berlin**, 20. September. (Privattelegramm.) Die „Post" schreibt: Die Reise des Reichsschatzsecretairs **Grafen Posadowsky** wird mit der Frage der **Tabaksteuerung** in Zusammenhang gebracht. Die Regierung hält eine Reichsfinanzreform auf Grundlage einer verstärkten Tabaksteuerung für nothwendig. Nach den Besprechungen des Grafen Posadowsky mit den süddeutschen Ministerien darf derselbe bei seinen Plänen auf eine zustimmende Haltung Süddeutschlands rechnen, wenn die Forderungen der dortigen Interessenten in gewissem Grade Berücksichtigung finden. Wie man vernimmt, ist für die billigeren Cigarrensorten (etwa zu 6 ₰) keine Fabrikatsteuer geplant. Der dadurch entstehende Ausfall von 8—10 Millionen Mark soll durch entsprechend höhere Besteuerung der eingeführten Tabake eingebracht werden. Ein Gesetzentwurf in diesem Sinne wird bereits im Reichsschatzamte ausgearbeitet. (Durch diese Meldung erledigt sich die für officiös gehaltene Behauptung der „Berl. Polit. Nachr.", daß Steuervorlagen für den Reichstag nicht vorbereitet würden. D. Red. d. „Leipz. Tagebl.")

B. **Berlin**, 20. September. Graf Finckenstein von Treffin hat im Namen des **Comités der „Kreuzzeitung"** an die Tochter des von Herrn von Hammerstein verleumdeten Kanzleiraths **Güthlein**, Frl. Alma Güthlein in Charlottenburg, folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrtes Fräulein! In der Presse ist in letzter Zeit mehrfach der Name Ihres verstorbenen Herrn Vaters, des Herrn Kanzleiraths Güthlein, in Verbindung mit dem Namen des früheren Chef-Redacteurs der „Neuen Preußischen Zeitung" Freiherrn von Hammerstein genannt worden und zwar in einer Weise, welche geeignet sein kann, das Andenken Ihres auch von uns hochgeschätzten verewigten Herrn Vaters, des königlichen Kanzleiraths Güthlein, zu verunehren. Wir nehmen nun gern und zwar ohne darum ersucht worden zu sein, unsererseits Gelegenheit, auf eigene Veranlassung Ihnen zu erklären, daß das Comité der „Neuen Preußischen Zeitung" keinerlei Veranlassung hat, an der vollständigen Ehrenhaftigkeit Ihres verehrten Herrn Vaters zu zweifeln, und zwar ganz im Besonderen auch nicht, soweit die Verwaltung von irgend welchen Fonds dabei in Frage kommt. Ihr Herr Vater ist vielmehr ein in jeder Beziehung ehrenwerther Beamter gewesen, dem wir ein dankbares Andenken bewahren werden. Wir überlassen Ihnen selbstverständlich weiter gern, von diesem Briefe jeden Ihnen geeignet erscheinenden Gebrauch zu machen.

B. **Berlin**, 20. September. (Privattelegramm.) An das Auswärtige Amt hat der Ausschuß der deutschen Missionen eine Eingabe gerichtet, welche sich gegen die **Anstellung von muhamedanischen Religionslehrern** an deutschen Regierungsschulen erklärt. In der Eingabe heißt es, der „Allg. Missions-Zeitschr." zufolge, es sei zur Kenntniß des oben erwähnten Ausschusses gebracht worden, daß im Colonialrath ernstlich die Frage in Erwägung gezogen worden, an den in Aussicht genommenen drei deutschen Regierungsschulen in Deutsch-Ostafrika officiell muhamedanische Religionslehrer anzustellen, welche von der deutschen Colonialregierung besoldet werden sollen. Aus religiösen und colonialpolitischen Gründen lege der Ausschuß entschieden Protest dagegen ein.

— Zu der Geschichte der Waldersee-Versammlung von 1887 bringt das „D. Wochenbl." einen Nachtrag. Auch dieses versichert, daß die Versammlung zu Gunsten der Berliner Stadtmission von einem „einfachen Landpastor", der zu der damaligen Prinzeß Wilhelm in seelsorgerischer Beziehung stand, angeregt worden sei und daß sie jedes politischen Hintergrundes entbehrte. Die „Lib. Corr." bemerkt dazu:

„Darüber wollen wir weiter nicht streiten. Die Thatsache aber steht fest, daß die „Kreuzztg." anderer Ansicht war, indem sie den Versuch machte, in ihrem Bericht über die Versammlung den Prinzen Wilhelm als im Fahrwasser der christlich-sozialen Partei gehend darzustellen. Ob die Hammerstein-Stöcker das wider besseres Wissen gethan haben, mag dahin gestellt bleiben. Man muß doch annehmen, daß Fürst Bismarck, als er, nach der späteren Mittheilung der „Hamb. Nachr.", in einer außerordentlichen Correspondenz mit dem Prinzen Wilhelm diesen warnte, sich auf vorzeitige Beziehungen mit irgend einer Partei oder Clique einzulassen, über die Absichten und Wünsche der Hammerstein-Stöcker genau unterrichtet gewesen ist. Ueber diese hat ja auch der vielbesprochene Stöckerbrief vom 14. August 1888, der die Mittel zu einer Vergiftung der Beziehungen zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck erörterte, den Beweis geliefert, daß der Letztere, als er die Polemik gegen Stöcker und Genossen eröffnete, auf der richtigen Fährte war."

— Die „Kreuzzeitung" hatte bekanntlich gemeldet, Freiherr v. Hammerstein habe sein Landtagsmandat für Lauenburg-Bütow-Stolp niedergelegt. „Nach Erkundigungen, die wir eingezogen haben" — erklärt das „Stolper Wochenblatt" —, „scheint sich diese Nachricht nicht zu bestätigen".

— Der Agitations-Ausschuß der socialdemokratischen Partei beabsichtigt, einen Kalender herauszugeben und umsonst in der Rheingegend zu vertheilen. Sie hofft, damit größere Erfolge erzielen zu können, als mit der schon gestern erwähnten Agitationsreise des Abgeordneten Molkenbuhr, die mehr oder weniger resultatlos verlaufen ist. Der Bericht über letztere klingt für die socialdemokratische Agitation glücklicherweise wenig ermuthigend. Es heißt darin: „Am Rhein will sich die socialdemokratische Agitation noch immer nicht recht einbürgern. Es fehlt an